



Büro der Oberbürgermeisterin

**An die
Mitglieder
des Rates der Hansestadt Lüneburg**

Rathaus, Haupteingang

Auskunft erteilt

Frau Kamionka, Ratsbüro

Telefon

309 – 3114

Email

andrea.kamionka@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

01/R

Datum

10.04.2025

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Rat der Hansestadt Lüneburg

▼ Sitzung vom:

20.03.2025

▼ Sitzungsort

Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

17:00 - 21:10 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzende

Oberbürgermeisterin

Protokollführerin

Grunau

Kalisch

Kamionka

ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

Mitglieder des Gremiums

Frau Hiltrud Lotze Bürgermeisterin

Frau Claudia Kalisch

Frau Christel John Bürgermeisterin

Frau Anna Bauseneick

Frau Carmen Maria Bendorf

Herr Ulrich Blanck

Herr Michael Bugenhagen

Frau Dr. Corinna Maria Dartenne

Herr Thomas Dißelmeyer

Herr Friedhelm Feldhaus

Frau Stefanie Filohn

Herr Keno Freund

Herr Robin Gaberle

Herr Christian-Tobias Gerlach

Herr Wolfgang Goralczyk

Herr Cornelius Grimm

Herr Ralf Gros

Herr Burghard Heerbeck

Frau Antje Henze

Herr Kai Herzog

Frau Andrea Kabasci

Herr Jörg Kohlstedt

Herr Sören Köppen

bis 21:03 Uhr

Herr Martin Lühmann

Frau Kalina Magdzinska

bis 20:45 Uhr

Herr Jörn-Christian Manzke

Herr Pascal Mennen

Herr Uwe Nehring

Herr Dirk Neumann

Herr Holger Nowak

Herr Dr. med. Michael Perschmann

Herr Sören Pinnekamp

Herr Eckhard Pols

Frau Pia Redenius

Frau Laura Schäfer

bis 18:45 Uhr

Frau Andrea Schröder-Ehlers

Herr Jens-Peter Schultz

Herr Patrick Schulze

Herr Frank Soldan

Frau Dr. Julia Verlinden

Frau Jana Mederike Warnck

bis 18:50 Uhr

Verwaltung

Frau Karin Fischer Gleichstellungsbeauftragte

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Herr Matthias Rink Stadtkämmerer

Frau Heike Gundermann Stadtbaurätin

Herr Michael Bahr Rechtsamtsleiter

Herr Sebastian Balmaceda

Frau Ann-Kristin Jenckel 01P

Herr Carl-Ernst Müller Stabsstelle 01

Frau Imke Sowen

Frau Mayte Wüstmann

Protokollführung

Frau Andrea Kamionka

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1 Film- und Tonaufnahmen in der Ratssitzung gem. § 14 der Hauptsatzung**
- 2 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 3 Feststellung der Tagesordnung**
- 4 Genehmigung des Protokolls vom 13.02.2025**
- 5 Genehmigung des Protokolls vom 03.03.2025**
- 6 Wichtige Mitteilungen der Verwaltung**
- 7 Einwohnendenfragen**
- 8 Wahl und Besetzung der Dezernatsleitung Bildung, Soziales und Jugend
Vorlage: VO/11802/25**
- 9 Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Süd
Vorlage: VO/11710/25**
- 10 Besetzung des Vorstands der Lüneburger Bürgerstiftung mit einer städtischen
Vertretung
Vorlage: VO/11793/25**
- 11 Auslandsdienstreisegenehmigung für Frau Oberbürgermeisterin Kalisch
Vorlage: VO/11805/25**
- 12 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Lüneburg 2025 - 2040
Vorlage: VO/11701/25**
- 13 Umbenennung der Hindenburgstraße und Einbeziehen des Ergebnisses der Befra-
gung der Einwohner, Gewerbetreibenden und Eigentümer der Hindenburgstraße in
Lüneburg zur Straßennamenumbenennung
Vorlage: VO/11778/25**
- 14 Förderung kultureller Projekte im Jahr 2025
Vorlage: VO/11728/25-1**
- 15 institutionelle Förderung kultureller Einrichtungen in 2025
Beratung über vorliegende Anträge
Vorlage: VO/11729/25-1**
- 16 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln;
Bauvorhaben Sportanlage Hasenburger Grund
Vorlage: VO/11777/25**
- 17 Unerhebliche über- und außerplanmäßige Bereitstellungen im Jahr 2024
Vorlage: VO/11765/25**
- 18 Jahresabschlussarbeiten 2024
Vorlage: VO/11766/25**
- 19 Annahme von Zuwendungen im Rat
Vorlage: VO/11768/25**

- 20** Mitgliedschaft in der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG
Vorlage: VO/11736/25
- 21** Zuwendung aus Vertragsschluss mit der Bürgerwindpark Bardowick Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Vorlage: VO/11673/24-1
- 22** Förderung der Kindertagespflege - Neufassung der Elternbeitragsordnung
Vorlage: VO/11034/23-1
- 23** Anpassung der Förderrichtlinie an die Dienstanweisung für die Gewährung von Zuwendungen an Dritte (Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung der freien Jugendhilfe, Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung und Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung von Jugendprojekten durch das Jugendforum Lüneburg (Jugendfond))
Vorlage: VO/11706/25
- 24** Bebauungsplan Nr. 121 "Bauzentrum Mölders"
Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/11742/25
- 25** Bebauungsplan Nr. 153 IV "Hanseviertel / Adolph-Kolping-Straße"
Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/11743/25
- 26** Veränderungssperre Nr. 1 - 2022 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 172 "Bleckeder Landstraße / Schützenplatz"
Beschluss über die 2. Verlängerung
Vorlage: VO/11745/25
- 27** Veränderungssperre Nr. 3-2025 für den Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 196 "Vor dem Neuen Tore"
Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/11733/25
- 28** Vorzeitige Erhebung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet Kaltenmoor
Vorlage: VO/11752/25
- 29** Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung der Hansestadt Lüneburg
Vorlage: VO/11764/25
- 30** Ausschussveränderungen
Vorlage: VO/11792/25
- 31** Nichtbehandelte Anträge und Anfragen vergangener Sitzungen
- 31.1** Antrag "Anteil bezahlbaren Wohnraum erhöhen" (Antrag der Ratsfrau Esders vom 14.11.2024, eingegangen am 14.11.2024)
Vorlage: VO/11616/24
- 31.2** Antrag "Bewerbung um den 'Tag der Niedersachsen'" (Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2025, eingegangen am 27.01.2025)
Vorlage: VO/11717/25
- 31.3** Antrag "Pop-up-Marktstand" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2025, eingegangen am 28.01.2025)
Vorlage: VO/11719/25

- 32** **Neue Anträge und Anfragen**
- 32.1** **Antrag "Wohn- und Lebensqualität im Quartier Kaltenmoor erhöhen-Rahmenplan für das Sanierungsgebiet fortschreiben!" (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2025, eingegangen 07.02.2025)
Vorlage: VO/11734/25**
- 32.2** **Antrag "Marktsatzung ändern - Weihnachtsstadt verlängern" (Antrag der SPD-Fraktion und des Rats Herrn Lühmann vom 26.02.2025, eingegangen am 05.03.2025)
Vorlage: VO/11782/25**
- 33** **Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Film- und Tonaufnahmen in der Ratssitzung gem. § 14 der Hauptsatzung

Die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung stimmen Film- und Tonaufnahmen zu.

zu 2 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Grunau begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates der Hansestadt Lüneburg fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Beratungsinhalt:

Die Tagesordnungspunkte 28, 31.1 und 32.1 werden zurückgestellt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der Fassung der Nachtragstagesordnung und mit den vorgeschlagenen Änderungen festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 13.02.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 13.02.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

zu 5 Genehmigung des Protokolls vom 03.03.2025

Beratungsinhalt:

Ratsherr Soldan bittet darum, seinen Redebeitrag zu TOP 6 in den richtigen Zusammenhang zu stellen.

Nach Prüfung der Youtube-Aufzeichnung wird Satz 1 des Redebeitrags von Ratsherrn Soldan zu TOP 6 wie folgt in das Protokoll vom 03.03.2025 aufgenommen:

Ratsherr Soldan zeigt sich verwundert, dass die Erreichbarkeit der Innenstadt herangezogen werde, um sich für die Klage auszusprechen dass die Fraktion, die die Erreichbarkeit der Innenstadt einschränken wolle, nun argumentiere, dass die Einschränkungen durch den Bau der A 39 bzw. die Umleitungsverkehre, Kaufkraft aus Lüneburg ableiten würden. (geändert aufgrund der Protokollgenehmigung in der Sitzung des Rates am 20.03.2025)

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 03.03.2025 wird mit der vorgenommenen Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 6

zu 6 Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

Die Verwaltung informiert zu folgenden Themen

Frau Fischer, Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lüneburg, berichtet von einer Fachtagung zum Thema Gewalt in der Familie gegen Kinder und Jugendliche. Eine Fachstelle für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche gäbe es in Lüneburg nicht. Sie fordere daher, Mittel für Präventionsangebote bereitzustellen. Sie wirbt außerdem für die Ausstellung „Herzschlag“, die auch digital besucht werden könne. Sie informiert, dass der Nds. Inklusionstag mit dem Schwerpunkt barrierefreie Mobilität in Lüneburg getagt habe.

Oberbürgermeisterin Kalisch stellt Frau Simone Sauerwein vor, die in Ihrem Stab für das Thema Digitalisierung verantwortlich sein werde.

Bericht aus dem Verwaltungsausschuss

Oberbürgermeisterin Kalisch geht darauf ein, dass man zugesagt habe trotz Nichtbefassung mit dem Antrag, dennoch eine Lösung für mehr Transparenz zu entwickeln. Es werde künftig einen Regeltop im Verwaltungsausschuss geben, in dem man sich verständige, über welche Beschlüsse im Rat informiert werde. In der Sitzung am 18.03.2025 seien folgende Tagesordnungspunkte positiv entschieden worden:

- Einstellung Fachbereichsleitung Ordnung und Bürgerservice
- Ausschreibung für eine Freiflächen-PV-Anlage
- Abschluss einer Vereinbarung über den Knotenpunkt Dahlenburger Landstraße/Pulverweg
- Abschluss eines städtebaulichen Vertrages „Alte Post/Sülztorstraße“
- Abschluss eines städtebaulichen Vertrages „Universitätsallee-Havemann“
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan „Bleckeder Landstraße/Schützenplatz“
- Vergabe von Elektroarbeiten für die Beleuchtung im Parkhaus Lüneparken
- Vergabe zur Erneuerung der Elektro-Versorgungstechnik auf der Veranstaltungsfläche Sülzwiesen

Seniorenbeirat

Oberbürgermeisterin Kalisch bedankt sich in dessen Abwesenheit bei Herrn Dr. Jahnke für die geleistete Arbeit und begrüßt Herrn Heyner Heyen als neues Mitglied im Seniorenbeirat. Herr Heyen stellt sich kurz dem Rat vor.

Ehrenmedaille

Oberbürgermeisterin Kalisch teilt mit, dass sie Henning von Stern mit der Ehrenmedaille der Hansestadt Lüneburg ausgezeichnet habe und geht kurz auf dessen Vita ein.

zu 7 **Einwohnendenfragen**

Ein Bürger ordnet Paul von Hindenburg geschichtlich ein und fragt nach, warum es so lange brauche, bis die Umbenennung der Straße in Gartenstraße erfolge.

Ratsherr Gaberle geht auf die durchgeführte Befragung ein, deren Ergebnis man akzeptieren müsse.

Ratsfrau Lotze erinnert daran, dass ein Antrag zur Umbenennung eingebracht wurde. Historiker seien der Meinung, dass Hindenburg kein würdiger Namensgeber sei. Das werde von ihrer Fraktion unterstützt. Neben dem Ergebnis der Befragung seien auch Aspekte wie Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Menschenwürde abzuwägen gewesen, ehe nun die Umbenennung beschlossen werden solle.

Ratsherr Goralczyk merkt an, dass ein demokratischer Prozess durchlaufen werden musste, so etwas brauche seine Zeit. Namen, die nicht in die Zeit passen würden, müssten kritisch betrachtet werden. Aufklärung gehöre auch zur Demokratie.

Ratsherr Blanck verdeutlicht, dass zunächst der Antrag entschieden und die Umfrage durchgeführt werden musste. In die Befragung war leider nicht aufgenommen worden, wie mit dem Ergebnis umgegangen und dieses bewertet werden solle. Er erwarte Diskussionen, bitte aber darum, die Entscheidungen der Politik zu akzeptieren.

Ratsherr Köppen erinnert an den juristischen Grundsatz, auch die andere Seite zu hören. Demokratische Rechte könnten mit unterschiedlichen Mitteln unterstützt werden. Wenn man alle ernst nehme, brauche ein solcher Prozess Zeit.

Ratsherr Soldan beschreibt, dass eine Umbenennung nicht mehr nur eine Entscheidung des Rates sei. Die Gerichte hätten vorgegeben, dass eine Beteiligung stattfinden müsse. Dazu war eine Richtlinien zu erlassen. Die darin vorgesehene Informationsveranstaltung sowie die Befragung und Auswertung hätten dann zügig vorgenommen werden können.

Ein weiterer Bürger beschreibt die Situation, dass sich Obdachlose gerade in der wärmeren Jahreszeit an den sozialen Brennpunkten treffen würden. Es sei zu lesen gewesen, dass der kommunale Ordnungsdienst (KOD) seine Arbeit aufgenommen habe. Er fragt nach, wie der KOD gebrieft sei und was man den Menschen sage. Insbesondere ginge es darum, wohin sich die Menschen im Falle eines Platzverweises wenden sollen. Im Übrigen erkundigt er sich nach dem Sachstand für ein ggf. auch mobiles Drogencafé.

Oberbürgermeisterin Kalisch bestätigt, dass an diesem Thema mit Hochdruck gearbeitet werde. Sie erinnert daran, dass auch das Streetworking aufgestockt worden sei, damit dem Eingreifen des Ordnungsdienstes vorgegriffen werden könne.

Erster Stadtrat Moßmann erläutert, dass Platzverweise an bestimmte Voraussetzungen geknüpft seien und eine Gefahr voraussetzten. Der KOD würde zunächst deeskalierend auf die Personen zugehen, ehe ein Platzverweis ausgesprochen werden würde. Ihm sei bewusst, dass dadurch ein Verdrängungseffekt entstehe. Das Personal würde entsprechen qualifiziert.

Stadtkämmerer Rink ergänzt, dass das Konzept für die aufsuchende Sozialarbeit annähernd fertiggestellt sei. Eine deutliche Präsenz auf der Straße und Berichte in den Fachausschüssen seien vorgesehen. Für ein Drogencafé habe noch immer kein Mietvertrag geschlossen werden können, man arbeite aber mit Hochdruck daran. Eine mobile Lösung werde mitgedacht, ein fester Standort werde aber favorisiert.

zu 8 Wahl und Besetzung der Dezernatsleitung Bildung, Soziales und Jugend Vorlage: VO/11802/25

Beratungsinhalt:

Oberbürgermeisterin Kalisch freut sich, dem Rat Frau Gabriele Scholz zur Wahl als Dezernatsleitung vorzuschlagen. Sie bittet Frau Scholz, sich dem Rat vorzustellen.

Frau Scholz stellt sich mit Eckdaten ihrer Vita vor und geht auf ihre Motivation für die Bewerbung ein. Sie stellt klar, dass sie nicht alle Probleme lösen können. Sie sei bereit, ihre Erfahrung und Interessen in den Dienst der Stadt zu stellen und vertrauens- und respektvoll mit dem Rat zusammen zu arbeiten.

Ratsherr Soldan beantragt geheime Wahl, die mit mehr als einem Viertel der Mitglieder beschlossen wird.

Nachdem die Wahl durchgeführt und Frau Scholz zur Dezernatsleitung gewählt wurde, wird sie von Oberbürgermeisterin Kalisch vereidigt.

Anschließend kritisiert Oberbürgermeisterin Kalisch den Umgang mit der Verwaltung in den sozialen Medien. In einem Artikel sei die Verwaltung im Zusammenhang mit der Personalauswahl als „Gnadenhof“ bezeichnet worden. Eine solche Äußerung sei respektlos, würdelos und anstandslos allen Mitarbeitenden der Stadt gegenüber, die sich alle mal um ihre Tätigkeiten beworben hätten. Eine solche Wortwahl schade der Hansestadt. Man müsse sich fragen, ob eine Strategie und Intrige dahinterstehe. Sie hoffe und gehe davon aus, dass diese Aussagen nicht aus den Reihen des Rates gekommen sei. Sie erinnert an den Auftrag „Suchet der Stadt Bestes“. Sie bedankt sich für das klare Votum zugunsten der Kandidatin und sagt zu, dass die Personalangelegenheiten künftig sicher wären.

Ratsfrau Lotze beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Ratsvorsitzende Grunau unterbricht die Sitzung für etwa 25 Minuten.

Ratsherr Nehring gibt für die SPD-Fraktion eine persönliche Erklärung ab: die Fraktion stelle sachlich richtig, dass es nach der Vorstellung möglicher Kandidat:innen mehrere Kontakte mit Oberbürgermeisterin Kalisch und Gespräche mit der Kandidatin in der Fraktion gegeben habe. Der beschriebene Bericht sei erst nach den Fraktionssitzungen erschienen. Daher verwahre er sich gegen die Unterstellung, mit der Presse gesprochen zu haben.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg wählt auf Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Kalisch Frau Gabriele Scholz für eine achtjährige Amtszeit ab 01.04.2025 zur Dezernatsleitung für das Dezernat Bildung, Jugend und Soziales.

Gem. § 109 Abs. 1 NKomVG in Verbindung mit § 13 der Hauptsatzung der Hansestadt Lüneburg erfolgt eine Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit und eine dem Amt entsprechende Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe B4 Bundesbesoldungsordnung sowie eine Dienstaufwandsentschädigung nach § 3 der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung (NKBesVO) in Höhe von 186 €/monatlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 8
Enthaltungen: 3

zu 9 Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Süd
Vorlage: VO/11710/25

Beschluss:

Nach Anhörung des Ortsrates Oedeme (§ 94 NKomVG) wählt der Rat der Hansestadt Lüneburg gemäß § 4 NSchÄG und § 67 NKomVG Frau Julia Diehl einstimmig als Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Süd.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 10 Besetzung des Vorstands der Lüneburger Bürgerstiftung mit einer städtischen Vertretung
Vorlage: VO/11793/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Stadtkämmerer Rink wird zur dauerhaften Vertretung für die Oberbürgermeisterin in den Vorstand der Bürgerstiftung Lüneburg gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 11 Auslandsdienstreisegenehmigung für Frau Oberbürgermeisterin Kalisch
Vorlage: VO/11805/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Auslandsdienstreisen werden für Frau Oberbürgermeisterin Kalisch genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Oberbürgermeisterin Kalisch verlässt für diesen Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal und nimmt somit an der Abstimmung nicht teil.

zu 12 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Lüneburg 2025 - 2040
Vorlage: VO/11701/25

Beratungsinhalt:

Ratsvorsitzende Grunau bedankt sich im Namen des gesamten Rates bei der Verwaltung für die Entwicklung des ISEK, insbesondere bei Herrn Neumann und seinem Team.

Oberbürgermeisterin Kalisch zeigt auf, dass der Entstehungsprozess beendet sei und die Pflegearbeit beginnen würde. Die künftigen Entscheidungen des Rates wären in das ISEK einzupflegen. Sie bedankt sich beim Rat für die Mitarbeit.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die im ISEK benannten strategischen und operativen Ziele werden als Grundlage des Verwaltungshandelns beschlossen. Über künftige Änderungen der Ziele entscheidet der Rat.
2. Die Analyse des Stadtgebietes wird zur Kenntnis genommen. Die Vorschläge zu künftigen Flächennutzungen sollen als Grundlage für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans genutzt werden.
3. Die im ISEK dargestellte Projektübersicht wird zur Kenntnis genommen. Über die Umsetzung der einzelnen Projekte entscheidet der Rat. Die Verwaltung wird beauftragt, die Projektübersicht regelmäßig zu aktualisieren.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ziele in den Bereichen der Verwaltung zu verankern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

zu 13 Umbenennung der Hindenburgstraße und Einbeziehen des Ergebnisses der Befragung der Einwohner, Gewerbetreibenden und Eigentümer der Hindenburgstraße in Lüneburg zur Straßennamenumbenennung
Vorlage: VO/11778/25

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Kabasci legt dar, dass Hindenburg durch die Straßenbenennung noch immer mit einem Namen geehrt werde. Da Geschichte und Erinnerung nicht das Gleiche seien, habe man sich mit dem Thema befasst. Es sei eine andere Form der Erinnerung nötig, bei der die Namensgeschichte der Straße verdeutlicht werden solle. Sie wirbt dafür, für die Umbenennung einzustehen auch wenn sich die Mehrheit der an der Umfrage Beteiligten gegen die Umbenennung ausgesprochen hätten.

Ratsherr Heerbeck erinnert, dass die Umbenennung bereits seit zwei Jahren diskutiert würde. Eine Richtlinie sei erstellt und eine Anhörung sowie Kostenermittlung eingefordert worden. Die Kosten einschließlich der Entschädigungen würden sich auf etwa 100.000,00 € belaufen. Die Schuld von Hindenburg werde nicht negiert, daran sollte aber anders gedacht werden. Gründe für die Ablehnung der Umbenennung durch die Anlieger seien nicht bekannt. Seine Fraktion werde den Bürgerwillen akzeptieren und daher die Umbenennung ablehnen. Geschichte solle nicht gestrichen werden. Es brauche die Erinnerungskultur.

Ratsherr Heerbeck beantragt namentliche Abstimmung, die mit mehr als einem Drittel der Stimmen

der Ratsmitglieder angenommen wird.

Ratsfrau Lotze stellt heraus, dass die Umbenennung ihrer Fraktion aus historischen und geschichtspolitischen Gründen wichtig sei, insbesondere vor dem Hintergrund des Erstarkens rechtspopulistischer Positionen. Es sei wichtig, ein deutliches Zeichen zu setzen. Die Rolle Hindenburgs sei mehrfach angesprochen worden, er sei kein würdiger Namensgeber mehr. Ein Schild und ein QR-Code würden nicht mehr ausreichen, um ein Zeichen gegen die Ehrung eines Feindes der Demokratie zu setzen. Sie geht noch einmal auf die übrigen Namensvorschläge ein, die für künftige Straßenbenennungen vorgesehen werden sollten. Sie kritisiert, dass im Anschreiben zur Befragung nicht auf die Entschädigung hingewiesen wurde. Im Übrigen stehe Hindenburg noch in der Liste der Ehrenbürger. Auch wenn die Ehrenbürgerschaft mit dem Tod ende, sollte der Rat diese noch formal aberkennen. Einen entsprechenden Antrag habe ihre Fraktion am gleichen Tag eingebracht.

Ratsfrau Dr. Dartenne ergänzt, dass die Umbenennung in Gartenstraße ein Zeichen für Demokratie und gegen Rassismus sei. Dies sei ein vereinendes Projekt. Die Befragung habe einen guten Rücklauf gehabt und müsse ernst genommen werden. Die Gründe, sich gegen die Umbenennung auszusprechen, seien nicht bekannt. Bürgerbeteiligung sei erwünscht. Man müsse aber diskutieren, wie künftig Benennungen oder Umbenennungen vorgenommen werden. Sie werde daher beantragen, dass sich einer der künftigen Bürger:innenRäte ein Konzept zur breiten Bürgerbeteiligung bei Straßenbenennungen erstellen möge.

Ratsherr Soldan bedankt sich für die sachliche Diskussion. Seit 1952 heiße die Straße Hindenburgstraße. Damals habe man einen anderen Blick auf die Person Hindenburg gehabt. Heute sei eine solche Benennung nicht mehr denkbar. Historische Personen dürften aber nicht nur mit den jetzigen Werten und dem heutigen Wissen bewertet werden. Straßenbenennungen nach Personen würden immer problematisch sein. Die Richtlinie sehe eine Beteiligung vor. In der Informationsveranstaltung sei auf die Entschädigung hingewiesen worden. Die FDP-Fraktion werde dem Votum der Bürger:innen folgen. Es brauche aber einen Hinweis mit einer kritischen Sicht auf die Person.

Ratsherr Köppen empfindet es als schwierig, sich bei einem historischen Thema über richtig und falsch zu unterhalten. Er halte es für wenig hilfreich, Schulwissen wiederzukäuen. Jede historische Persönlichkeit habe verschiedene Seiten. Er stellt infrage, dass man besser wisse, was richtig sei, als diejenigen, die sich in der Befragung geäußert hätten und hinterfragt eine Deutungshoheit über die Köpfe eines Bürgerentschlusses hinweg. Man solle lieber in Zukunft achtsam bei der Auswahl von Straßennamen sein.

Ratsherr Grimm setzt verschiedene durchgeführte Teilnehmungsformate in ein mathematisches Verhältnis und empfiehlt, die Bürger:innen ernst zu nehmen.

Oberbürgermeisterin Kalisch teilt mit, dass der Hinweis zur Ehrenbürgerschaft auf der Homepage der Hansestadt Lüneburg bereits mit einer kritischen Ergänzung versehen wurde.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Hindenburgstraße nicht umzubenennen wird abgelehnt.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Hindenburgstraße wird in Gartenstraße umbenannt. Die Verwaltung wird beauftragt eine Hinweistafel zur Historie der Straßenumbenennung aufzustellen. Der Text ist im Ausschuss für Kultur und Partnerschaften abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 25
Enthaltungen: 2

Alternativvorschlag mit Ergänzung/Beschlussempfehlung des VA

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 7

zu 14 Förderung kultureller Projekte im Jahr 2025

Vorlage: VO/11728/25-1

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Fördermittel für kulturelle Projekte für das Haushaltsjahr 2025 werden entsprechend der Empfehlung aus der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Partnerschaften vom 04.03.2025 vergeben.

Die Zuschüsse werden in voller Höhe bewilligt, eine Freigabe der Haushaltsmittel ist verwaltungsintern zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

zu 15 institutionelle Förderung kultureller Einrichtungen in 2025

Beratung über vorliegende Anträge

Vorlage: VO/11729/25-1

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Fördermittel für institutionelle Förderung kultureller Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2025 werden entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Partnerschaften vom 04.03.2025 vergeben.

Die Zuschüsse werden in voller Höhe bewilligt, eine Freigabe der Haushaltsmittel ist verwaltungsintern zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 0

zu 16 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln;

Bauvorhaben Sportanlage Hasenburger Grund

Vorlage: VO/11777/25

Beratungsinhalt:

Ratsherr Nehring erinnert, dass seit 2019 über die Sanierung in den Fachausschüssen, dem Verwaltungsausschuss und dem Rat gesprochen wurde. Zuletzt habe die Stadt 2023 vorgeschlagen, die Fördermittel zurückzugeben. Der Rat und der Sportausschuss hätten sich erfolgreich gegen die Rückgabe gewehrt. Der Bewilligungszeitraum wurde nun bis Ende 2025 verlängert. Der erste Bauabschnitt sei im Haushalt abgebildet und umfasse einen Modulbau mit kurzer Bauzeit. Die Deckungslücke sei

zu schließen, man solle den Vorschlägen zustimmen.

Ratsherr Pols untermauert die Aussagen. Die Räume auf der Sportanlage seien in die Jahre gekommen und abgängig. Er wirbt dafür, den ersten Bauabschnitt zu beginnen, um gerade der Jugend gute Räume zur Verfügung stellen zu können.

Ratsherr Soldan ergänzt, dass der aktuelle Stand für Sportler:innen eine Zumutung sei und weitere Räume fehlen würden. Die Baumaßnahme sei dringend nötig. Es sei zwar gut, dass es losgehe, es müsse aber auch zügig weitergehen.

Ratsherr Lühmann erinnert daran, dass er im Sportausschuss eine Prüfung angeregt habe, ob eine Zweigeschossigkeit der Module möglich sei.

Stadtbaurätin Gundermann bestätigt, dass sich die Baumaßnahme verzögert habe. Sie erinnert an die parallel durchzuführenden Baumaßnahmen, für die die Verwaltung Zeit, Geld und Personal benötige. Die Baumaßnahmen der Stadt seien bisher immer gut geworden, Sie blicke zuversichtlich auf den ersten Bauabschnitt und werde auch die Folgemaßnahmen von Beginn an positiv begleiten.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Bauvorhaben Sportanlage Hasenburger Grund (Investitionsnr. 421-006) in Höhe von 550.000 Euro wird nach § 117 NKomVG zugestimmt. Die Mittel zur Deckung werden aus den folgenden, bisher nicht in Anspruch genommenen Haushaltsansätzen bereitgestellt:

250.000 Euro 523-001 Restaurierung Altes Rathaus (HH-Rest)
300.000 Euro 211-006 GS Hasenburger Berg (HH-Rest)

Der weiteren überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln – aus formalen Gründen der Haushaltssystematik ohne Anhebung des Budgets – wird nach § 117 NKomVG zugestimmt und gedeckt aus dem folgenden Haushaltsansatz:

120.000 Euro 315-023 Gemeinschaftsunterkünfte (HH-Rest)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 17 Unerhebliche über- und außerplanmäßige Bereitstellungen im Jahr 2024 Vorlage: VO/11765/25

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 18 Jahresabschlussarbeiten 2024 Vorlage: VO/11766/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Den überplanmäßigen Aufwendungen wird gemäß §§ 117, 123 NKomVG in Verbindung mit § 45 KomHKVO und § 6 der Haushaltssatzung der Hansestadt Lüneburg für das Haushaltsjahr 2024 für folgende Sachverhalte zugestimmt:

- Personalaufwendungen in Höhe von EUR 6.505.535,30
- Zuschuss an die Museumsstiftung in Höhe von EUR 250.000
- Zuschüsse an private Unternehmen in Höhe von EUR 98.000
- Zuschuss an das Theater Lüneburg GmbH in Höhe von EUR 200.000 €

Die Deckung erfolgt jeweils aus Mehrerträgen der Gewerbesteuer und Minderaufwendungen im Zinsbereich im Jahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

**zu 19 Annahme von Zuwendungen im Rat
Vorlage: VO/11768/25**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 20 Mitgliedschaft in der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft
eG
Vorlage: VO/11736/25**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Geschäftsanteil der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG zu einem Kaufpreis von EUR 1.000,- zu erwerben, den Beitritt zur Genossenschaft zu beantragen sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Der Rat wählt Frau Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch als stimmberechtigte Vertreterin in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG. Als Vertretung für Frau Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch wird Herr René Ganderke (Bereichsleitung 12 – IT) benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 21 Zuwendung aus Vertragsschluss mit der Bürgerwindpark Bardowick Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Vorlage: VO/11673/24-1

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme der sich aus dem Vertrag zur finanziellen Beteiligung von Kommunen an Windenergieanlagen mit der Bürgerwindpark Bardowick Betreibergesellschaft mbH & Co KG für die Vertragslaufzeit jährlich ergebenden Zuwendung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 22 Förderung der Kindertagespflege - Neufassung der Elternbeitragsordnung
Vorlage: VO/11034/23-1

Beratungsinhalt:

Oberbürgermeisterin Kalisch gibt die Bitte des Landkreises weiter, ein gemeinsames Inkrafttreten zum 01.06.2025 zu ermöglichen, da die Beitragsordnung noch vom Kreistag beschlossen werden müsse.

Ratsfrau Dr. Dartenne beschreibt das Erarbeiten der Beitragsordnung als gemeinsames beispielhaftes Projekt von Verwaltung und Politik gemeinsam mit dem Landkreis. Mit der Elternbeitragsordnung sei eine Gleichstellung erreicht worden.

Ratsherr Soldan merkt an, dass der Kompromiss nicht ganz einfach gewesen sei. Nun sei es wichtig, dass die Elternbeitragsordnungen für Stadt und Kreis einheitlich wären. Daher solle der Rat unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kreistages seinen Beschluss fassen.

Ratsfrau Bauseneick ergänzt, dass eine gute Kinderbetreuung das Fundament für starke Familien sei. Auch sie spreche sich für den Gleichschritt mit dem Landkreis aus. Sie gibt zu bedenken, dass die Beitragsordnung evaluiert werden müsse.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Kreistag Lüneburg einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt die als Anlage 2 beigefügte 1. Änderungssatzung der Satzung der Hansestadt Lüneburg zur Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege gemäß §§ 23 und 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) im Stadtgebiet Lüneburg vom 22.12.2023

Die Satzung tritt dann, statt ursprünglich vorgesehen zum 01.05.2025, erst zum 01.06.2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 23 Anpassung der Förderrichtlinie an die Dienstanweisung für die Gewährung von Zuwendungen an Dritte (Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung der freien Jugendhilfe, Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung und Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung von Jugendprojekten durch das Jugendforum Lüneburg (Jugendfond))
Vorlage: VO/11706/25**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- Die Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung der freien Jugendhilfe,
- Die Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung.
- die Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur Förderung von Jugendprojekten durch das Jugendforum Lüneburg (Jugendfond), mit der Änderung unter 5. Art und Umfang, Höhe der Förderung „Der Umfang der Fördermittel aus dem Förderprogramm der Hansestadt Lüneburg und des Bundesprogramms „Demokratie Leben! ist auf insgesamt 10.000€ pro Kalenderjahr begrenzt“ durch „Der Umfang der Fördermittel aus dem Förderprogramm der Hansestadt Lüneburg und des Bundesprogramms „Demokratie Leben! ist auf insgesamt mindestens 10.000€ der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel pro Kalenderjahr begrenzt“ werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

**zu 24 Bebauungsplan Nr. 121 "Bauzentrum Mölders"
Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/11742/25**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die während der Veröffentlichung des Bebauungsplanentwurfs im Internet abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Rat gemäß den anliegenden Abwägungsvorschlägen geprüft.
2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 NBauO beschließt der Rat der Hansestadt Lüneburg den Bebauungsplan Nr. 121 „Bauzentrum Mölders“ als Satzung.
3. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch den Rat ist nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

**zu 25 Bebauungsplan Nr. 153 IV "Hanseviertel / Adolph-Kolping-Straße"
Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/11743/25**

Beratungsinhalt:

Ratsherr Feldhaus geht auf die positiven Aspekte der Planung ein. Man habe aber auch Verantwortung für Einkommensschwächere. Hier fehle der geförderte bzw. preisgedämpfte Wohnraum. Die Berichte der Verwaltung über das Gebaren der Investoren zeige auf, mit wem man künftig nicht mehr zusammenarbeiten sollte. Geförderter Wohnraum sollte in jedem Gebiet bereitgestellt werden.

Ratsfrau Lotze bestätigt, dass im Bauausschuss ausführlich diskutiert worden sei. Man habe mit Bauern zur Kenntnis genommen, dass die 30%-Regelung hier nicht möglich sei. Gebiete ohne geförderten Wohnraum müssten eine Ausnahme bleiben, wenn nichts anderes geregelt werden könne. Bei einer Besichtigung in Kaltenmoor sei der Bedarf noch einmal deutlich geworden. Auch die Gewos-Studie zeige das Defizit auf. Geförderter Wohnraum müsse immer in den städtebaulichen Verträgen gesichert werden.

Stadtbaurätin Gundermann erinnert daran, dass sie bei jedem Verfahrensschritt zum bestehenden Baurecht ausgeführt habe. Ein städtebaulicher Vertrag habe nicht verhandelt werden können, da die Investoren weder ein Interesse an einer Bauleitplanung noch an der Übernahme von Folgekosten gehabt hätten- die Stadt habe keine Chance gehabt, etwas anderes umzusetzen.

Ratsherr Neumann hebt hervor, dass die 30%-Regelung nicht in Frage gestellt werde. Das Vorgehen der Stadt sei richtig, der Bauherr müsse nun andere Forderungen umsetzen. Bei den Verhandlungen sei darauf zu achten, dass überhaupt noch in Wohnraum investiert werde. Bauen müsse bezahlbar bleiben.

Ratsherr Grimm dankt Stadtbaurätin Gundermann, dass das Maximale herausgeholt wurde. Es werde Wohnraum geschaffen, der perspektivisch dafür sorgen könne, dass durch Umzüge geförderte Wohnungen frei würden. Das Vorhaben solle man unterstützen.

Ratsherr Schultz erinnert daran, dass man auch gegen die Überhitzung in der Stadt vorgehen wollte. Das sei an dieser Stelle möglich. Die 30%-Regelung werde eigentlich immer eingehalten, hier handele es sich um eine einmalige Ausnahme.

Ratsherr Blanck weist auf die Tendenz der Mietpreisentwicklung hin. Man müsse die Lüwobau befähigen, mehr sozialen Wohnraum zu schaffen.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die während der Veröffentlichung des Bebauungsplanentwurfs im Internet abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Rat gemäß den anliegenden Abwägungsvorschlägen geprüft.
2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 NBauO beschließt der Rat der Hansestadt Lüneburg den Bebauungsplan Nr. 153 IV „Hanseviertel / Adolph-Kolping-Straße“ als Satzung.
3. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch den Rat ist nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 6

**zu 26 Veränderungssperre Nr. 1 - 2022 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 172 "Bleckeder Landstraße / Schützenplatz"
Beschluss über die 2. Verlängerung
Vorlage: VO/11745/25**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die 2. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 1 - 2022 für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 172 „Bleckeder Landstraße / Schützenplatz“ wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

**zu 27 Veränderungssperre Nr. 3-2025 für den Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 196 "Vor dem Neuen Tore"
Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/11733/25**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Veränderungssperre Nr. 3 – 2025 wird für den Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 196 „Vor dem neuen Tore“ gemäß § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

**zu 28 Vorzeitige Erhebung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet Kaltenmoor
Vorlage: VO/11752/25**

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

**zu 29 Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung der Hansestadt Lüneburg
Vorlage: VO/11764/25**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung der Hansestadt Lüneburg über die Aufhebung der Satzung der Stadt Lüneburg über die Erhebung des Straßenausbaubeitrags wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 3

zu 30 Ausschussveränderungen Vorlage: VO/11792/25

Beschluss:

Der Rat stellt folgende Ausschussveränderung fest:

Ausschuss für Mobilität:

Bisher: Josephine Beckfeld
Neu: Johannes Dau

Stellvertretung im Verwaltungsausschuss:

Bisher: Jana Mederike Warnck
Neu: Keno Freund

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 31 Nichtbehandelte Anträge und Anfragen vergangener Sitzungen

zu 31.1 Antrag "Anteil bezahlbaren Wohnraum erhöhen" (Antrag der Ratsfrau Es- ders vom 14.11.2024, eingegangen am 14.11.2024) Vorlage: VO/11616/24

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

zu 31.2 Antrag "Bewerbung um den 'Tag der Niedersachsen'" (Antrag der SPD- Fraktion vom 27.01.2025, eingegangen am 27.01.2025) Vorlage: VO/11717/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

zu 31.3 Antrag "Pop-up-Marktstand" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2025, ein- gegangen am 28.01.2025) Vorlage: VO/11719/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

zu 32 Neue Anträge und Anfragen

**zu 32.1 Antrag "Wohn- und Lebensqualität im Quartier Kaltenmoor erhöhen-Rahmenplan für das Sanierungsgebiet fortschreiben!" (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2025, eingegangen 07.02.2025)
Vorlage: VO/11734/25**

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

**zu 32.2 Antrag "Marktsatzung ändern - Weihnachtsstadt verlängern" (Antrag der SPD-Fraktion und des Rats Herrn Lühmann vom 26.02.2025, eingegangen am 05.03.2025)
Vorlage: VO/11782/25**

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

zu 33 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Rathausfassade

Rats Herr Soldan erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Standsicherheit der Rathausfassade.

Stadtbaurätin Gundermann erläutert, dass Sicherungsmaßnahmen durchgeführt wurden, Untersuchungen angelaufen seien und sie im Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung vortragen werde, sobald es Ergebnisse gebe. Aktuell würden ergänzend Fördermöglichkeiten geprüft

Auf Nachfrage von Rats Herrn Grimm bestätigt Stadtbaurätin Gundermann, dass die Fassade trotz Sicherungsmaßnahmen sichtbar bliebe.

Toilettenanlage Waagestraße

Rats Frau John möchte wissen, ob bereits ein Termin für die Inbetriebnahme bekannt sei.

Stadtbaurätin Gundermann wird den Termin zu Protokoll geben. Aktuell müsse ein Ersatz für eine Firma gefunden werden, die in die Insolvenz gegangen sei.

Hinweis der Verwaltung:

Aufgrund zwei aktueller Firmeninsolvenzen (Fliesenarbeiten und Tiefbauarbeiten für den Innenhof) kann noch nicht bestätigt werden, ob das Datum zur Inbetriebnahme Ende August 2025 zu halten ist. Nach der Beauftragung von Ersatzfirmen unter Einhaltung des Vergaberechts, wird mit den neuen Firmen die Einsatzplanung besprochen. Ziel ist eine Inbetriebnahme vor der Weihnachtszeit.

Rats Frau Grunau schließt um 21:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.